GERICHT FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST

Urteil des Gerichts für den öffentlichen Dienst (Dritte Kammer) vom 11. Dezember 2013 — Teughels/Kommission

(Rechtssache F-117/11) ⁽¹⁾

(Öffentlicher Dienst — Beamte — Ruhegehalt — Übertragung der in einem nationalen Rentenversicherungssystem erworbenen Ruhegehaltsansprüche — Verordnung zur Anpassung des Beitragssatzes zum Versorgungssystem der Union — Anpassung der versicherungsmathematischen Werte — Erfordernis des Erlasses Allgemeiner Durchführungsbestimmungen — Zeitliche Geltung der neuen Allgemeinen Durchführungsbestimmungen)

(2014/C 31/31)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Klägerin: Catherine Teughels (Eppegem, Belgien) (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt L. Vogel)

Beklagte: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: D. Martin und J. Baquero Cruz)

Gegenstand der Rechtssache

Klage auf Aufhebung der Entscheidung des Amtes für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche über die Festsetzung der Ruhegehaltsansprüche der Klägerin und der Berechnung der Anzahl der bei der Festsetzung dieser Ansprüche anzurechnenden ruhegehaltstfähigen Dienstjahre

Tenor des Urteils

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Die Europäische Kommission trägt ihre eigenen Kosten und wird verurteilt, die Frau Teughels entstandenen Kosten zu tragen.

⁽¹⁾ ABl. C 25 vom 28.1.2012, S. 70.

Urteil des Gerichts für den öffentlichen Dienst (Dritte Kammer) vom 11. Dezember 2013 — Verile und Gjergji/Kommission

(Rechtssache F-130/11) ⁽¹⁾

(Öffentlicher Dienst — Beamte — Ruhegehalt — Übertragung der in einem nationalen Rentenversicherungssystem erworbenen Ruhegehaltsansprüche — Verordnung zur Anpassung des Beitragssatzes zum Versorgungssystem der Union — Anpassung der versicherungsmathematischen Werte — Erfordernis des Erlasses Allgemeiner Durchführungsbestimmungen — Zeitliche Geltung der neuen Allgemeinen Durchführungsbestimmungen — Rücknahme eines Vorschlags zur Anrechnung von ruhegehaltstfähigen Dienstjahren — Rechtmäßigkeit — Voraussetzungen)

(2014/C 31/32)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Kläger: Marco Verile (Cadrezzate, Italien) und Anduela Gjergji (Brüssel, Belgien) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte D. Abreu Caldas, A. Coolen, J.-N. Louis, É. Marchal und S. Orlandi)

Beklagte: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: D. Martin und J. Baquero Cruz)

Gegenstand der Rechtssache

Klage auf Aufhebung der auf den neu berechneten Vorschlag des Amtes für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche gestützten Entscheidungen über die Übertragung der vor Dienstantritt bei der Kommission erworbenen Ruhegehhaltsansprüche

Tenor des Urteils

1. Die an Herrn Verile und an Frau Gjergji gerichteten Entscheidungen der Europäischen Kommission vom 20. Mai 2011 und vom 19. Mai 2011 werden aufgehoben.
2. Die Europäische Kommission trägt ihre eigenen Kosten und wird verurteilt, die Herrn Verile und Frau Gjergji entstanden Kosten zu tragen.

⁽¹⁾ ABl. C 65 vom 3.3.2012, S. 22.